



SPD

**BESCHLÜSSE
DES
KREISPARTEITAGES
DER SPD ROSTOCK**

AM 10. DEZEMBER 2016 IM WALDEMARHOF

Inhalt

I. Übersicht über die angenommenen Anträge	3
II. Anträge nach Antragsbereichen	5
III. Weitere Anträge.....	31

I. Übersicht über die angenommenen Anträge

A1	Jusos Rostock	
	Grenzen sollten kein Hindernis für die Wahl des Lebensmittelpunktes darstellen!	5
A2	Ortsverein Kröpeliner-Tor-Vorstadt	
	Mindestausbildungsvergütung auf den Weg bringen	5
A3	Jusos Rostock	
	Mindestausbildungsvergütung.....	7
A4	Jusos Rostock	
	Eine solidarische Gesellschaft muss Kern unserer Kampagnen sein!	
	– Gesundheitspolitik	7
A5	Jusos Rostock	
	Ohne Umverteilung keine Solidarität – Die Gesellschaft wieder ins Lot bringen. JETZT! ..	7
B1	Jusos Rostock	
	Stellungnahme und Aufklärung gegen die Identitäre Bewegung.....	8
B2	Ortsverein Stadtmitte/ Brinckmansdorf	
	Konsolidierungsvereinbarung für Rostock	9
B4	Ortsverein Kröpeliner-Tor-Vorstadt	
	Anbindung des Flughafens Rostock-Laage an das ÖPNV-Netz	9
B5	Ortsverein Kröpeliner-Tor-Vorstadt	
	Mehr Demokratie in der SPD wagen.....	10
B6	Ortsverein Kröpeliner-Tor-Vorstadt	
	Sozialarbeit langfristig sichern	11
B7	Ortsverein Kröpeliner-Tor-Vorstadt	
	Mehr Steuergerechtigkeit in Mecklenburg-Vorpommern.....	12
B8	Ortsverein Kröpeliner-Tor-Vorstadt	
	Wahlrecht ab 16 auf den Weg bringen	12
C1	Kreisvorstand	
	Bündnis für gutes Wohnen in Rostock	13
C2	Jusos Rostock	
	Verbesserung der Wohnungsverteilungssituation für Geflüchtete	22
C4	Ortsverein Stadtmitte/ Brinckmansdorf	
	Stadthafen sensibel entwickeln	23
C5	Ortsverein Südstand-Biestow	
	Gutes Wohnen 2017	24
C6	Ortsverein Südstand-Biestow	
	Für eine aktive Homepage	24
C7	Ortsverein West	
	Bürgerschaftsbeschluss zur Wohnraumberatung zügig umsetzen	25

C9	Ortsverein Kröpeliner-Tor-Vorstadt	
	Zukunft der Bürgerbeteiligung in Rostock	25
S1	Ortsverein West	
	Durchführung von Mitgliedervollversammlungen	26
S2	Ortsverein West und Kreisvorstand	
	Abschaffung des ‚automatischen Stimmrechts‘ des Kreisvorstandes	
	auf Kreisparteitagen.....	27
I1	Ortsverein Nord	
	Vollständige Rekommunalisierung: Rostocker Wasser bleibt in Bürgerhand!	28
I2	Ortsverein Nord	
	Wo man singt, da lass Dich nieder: Mehr Straßenmusik in Rostock.....	29

II. Anträge nach Antragsbereichen

A1 Jusos Rostock

(angenommen, überwiesen an den Landes- und Bundesparteitag)

Grenzen sollten kein Hindernis für die Wahl des Lebensmittelpunktes darstellen!

Die SPD Rostock fordert alle ihr überstehenden Gliederungen auf, sich dafür einzusetzen, besonders mit einem Augenmerk auf die 65 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht, allen Schutzbedürftigen eine solidarische Niederlassung in Europa ohne staatliche Diskriminierung zu gewährleisten. Im engeren Sinne bedeutet dies:

- keine Gewalt gegen Geflüchtete,
- keine Obergrenzen für die Aufnahme von Kriegs- und Katastrophengeflüchteten sowie politisch Verfolgten,
- keine Abkommen mit Staaten, in denen die Menschenrechte massiv missachtet werden, sondern faire und menschengerechte Lösungen in einem Miteinander der europäischen Mitgliedsstaaten,
- mehr Angebote für Integration und ein Schluss der Leitkulturdebatte,
- ein Voranbringen des multikulturellen Dialogs durch die SPD innerhalb Deutschlands,
- keine „Zwangsintegration“ von Geflüchteten durch Forderung der vollkommenen Anpassung von Geflüchteten
- Fokussierung auf die soziale Ungleichheit zwischen der westlichen Welt und den Entwicklungsländern und Beendigung der Ausbeutung der Entwicklungsländer.

A2 Ortsverein Kröpeliner-Tor-Vorstadt

(angenommen, überwiesen an den Landesparteitag)

Mindestausbildungsvergütung auf den Weg bringen

Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind der festen Überzeugung, dass wir unsere Gesellschaft und das Leben der Menschen durch Veränderungen der

Wirtschafts- und Arbeitsverhältnisse zu einem besseren voranbringen können. Um dies zu erreichen, bedarf es einer solidarischen und gerechten Arbeitsmarktpolitik.

Ein Aspekt einer solchen Politik muss sich mit der gerechten Entlohnung von Auszubildenden befassen. Deswegen haben wir mit unserer Koalitionspartnerin auf Landesebene vereinbart, uns auf Bundesebene für die Einführung einer Untergrenze der Ausbildungsvergütung einzusetzen.

Um diesem Ziel Nachdruck zu verleihen, fordern wir sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung auf, sich für eine Bundesratsinitiative zur Einführung einer Mindestausbildungsvergütung einzusetzen. Dabei ist einerseits anzustreben, dass deren Höhe den BAföG-Höchstsatz von aktuell 649 Euro nicht unterschreitet und andererseits keine Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern in der Höhe bestehen. Ein solcher Schritt kann für uns nur in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften erfolgen. Deswegen sollten die Ergebnisse der aktuellen Erhebung des DGB zur Ausbildungsvergütung maßgebend in den politischen Prozess einfließen.

Darüber hinaus fordern wir die SPD-Landtagsfraktion auf, zu prüfen, inwieweit unabhängig davon gesetzgeberische Maßnahmen auf Landesebene – etwa im Vergaberecht – ergriffen werden können, um dem Ziel einer Mindestausbildungsvergütung näher zu kommen. Dabei können wir auf unsere guten Erfahrungen mit dem Mindestlohn zurückgreifen, den wir noch weit vor der bundesweiten Einführung für öffentliche Aufträge in Mecklenburg-Vorpommern durchgesetzt haben.

A3 Jusos Rostock
(angenommen, überwiesen an den Landes- und Bundesparteitag)

Mindestausbildungsvergütung

Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern der SPD soll die beschlossene und ins Regierungsprogramm aufgenommene Mindestausbildungsvergütung ebenfalls für das Bundestagswahlprogramm der SPD für 2017 einbringen.

A4 Jusos Rostock
(angenommen)

Eine solidarische Gesellschaft muss Kern unserer Kampagnen sein! – Gesundheitspolitik

Wir fordern die SPD Rostock auf, sich auf allen möglichen Kanälen und in allen möglichen Gremien dafür einzusetzen, dass die SPD in der nächsten Bundestagswahl die Einführung ihres Konzepts der „Bürgerversicherung“ zu einem ihrer Kernwahlkampfthemen macht. Ein ausgearbeitetes Konzept liegt hierfür vor. Dieses muss nur offensiv der Öffentlichkeit vermittelt werden. Hierzu gehört auch die Überzeugungsarbeit gegenüber anderen Verbänden.

A5 Jusos Rostock
(angenommen, überwiesen an die Landesvertreterversammlung und Bundesparteitag)

Ohne Umverteilung keine Solidarität – Die Gesellschaft wieder ins Lot bringen. JETZT!

Wir fordern die SPD Rostock auf, sich auf allen möglichen Kanälen und in allen möglichen Gremien dafür einzusetzen, dass die SPD in der nächsten Bundestagswahl

eine Politik der solidarischen Umverteilung und des sozialen Ausgleichs zu dem zentralen Wahlkampfthema macht.

Kernelemente einer solchen Reform wären, die Novellierung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, mit dem Ziel einer größeren Beteiligung von Großerben an der Solidargemeinschaft, die verfassungskonforme Wiedererhebung der Vermögenssteuer, die Einführung der Finanzmarkttransaktionssteuer, Einsatz für die Einführung einer europäischen Mindestunternehmenssteuer und die Gleichstellung von Zins- und Erwerbseinkommen bei der Besteuerung sowie die Ersetzung des Ehegattensplittings durch eine verfassungskonforme Individualbesteuerung.

Die SPD hat schon lange konkrete Konzepte hierfür beschlossen, es würde schon genügen, diese in den Vordergrund zu stellen und sich nicht dafür zu schämen.

B1 Jusos Rostock
(überwiesen an Kreisvorstand Rostock)

Stellungnahme und Aufklärung gegen die Identitäre Bewegung

Die Jusos Rostock fordern eine offizielle Stellungnahme des SPD Kreisverbands und eine Überweisung an den Landesparteitag der SPD M-V gegen die Identitäre Bewegung im kommenden Bundestagswahlkampf. Dabei geht es nicht nur um die Ablehnung dieser rechtsextremen Organisation, sondern auch darum gegen diese Bewegung vorzugehen.

Des Weiteren fordern wir für eine effektive Aufklärungsarbeit die Umsetzung folgender Punkte:

1. Die jeweiligen Landeszentralen für Politische Bildung sollen Aufklärungsmaterialien bereitstellen und diese an Schulen und im Internet verteilen bzw. Aufklärungsarbeit an Schulen leisten.
2. Ein Reintegrationsprogramm für Aussteiger*innen aus der Identitären Bewegung und die Bereitstellung von mehr finanziellen Mitteln für die bestehenden Aussteiger*innenprogramme.
3. Dem Verein IBD e.V. keine Gemeinnützigkeit zuerkennen.

B2 Ortsverein Stadtmitte/ Brinckmansdorf
(angenommen)

Konsolidierungsvereinbarung für Rostock

Die Landtagsfraktion und der Landesvorstand werden aufgefordert, sich gegenüber der Landesregierung dafür einzusetzen, dass zwischen dem Land M-V und der Hansestadt Rostock endlich eine Konsolidierungsvereinbarung abgeschlossen wird.

Diese Vereinbarung soll die Hansestadt Rostock verbindlich auf den bereits eingeschlagenen Kurs der Haushaltsverbesserung (10 Mio. Euro Schuldenabbau pro Jahr) verpflichten, im Gegenzug aber auch die Zahlung der 16,6 Mio. Euro sicherstellen, die der Hansestadt Rostock aufgrund ihrer Schuldenlast und Einwohnerzahl aus dem Konsolidierungsfonds des Landes zusteht.

B4 Ortsverein Kröpeliner-Tor-Vorstadt
(angenommen, überwiesen an den Landesparteitag)

Anbindung des Flughafens Rostock-Laage an das ÖPNV-Netz

Die Rostocker SPD-Bürgerschaftsfraktion und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, sich mittelfristig für die Anbindung des Flughafens Rostock-Laage an das Netz des Öffentlichen Personennahverkehrs einzusetzen. Die Zielstellung soll sein, im Rahmen einer gesamten Nahverkehrskonzeption für die Region Rostock und den Flughafen Rostock-Laage über eine Bahnverbindung (EBO-/Stadtbahnssystem) an den Hauptbahnhof Rostock, das Kreuzfahrtterminal Rostock-Warnemünde und den Seehafen Rostock anzubinden.

B5 Ortsverein Kröpeliner-Tor-Vorstadt
(angenommen, überwiesen an den Landesparteitag)

Mehr Demokratie in der SPD wagen

Die Rostocker SPD spricht sich für mehr Mitbestimmung der einzelnen Parteimitglieder bei wichtigen Entscheidungen der (Landes-)SPD aus. Ein bewährtes Instrument dafür sind Mitgliederentscheide. Diese stellen ein wichtiges Mittel des parteiinternen Willensbildungsprozesses dar. Insbesondere eine Entscheidung zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen sollte eine breite parteiinterne Diskussion vorausgehen und falls die SPD mehrere Koalitionsoptionen hat, durch eine Entscheidung aller SPD-Mitglieder legitimiert werden.

Der Landesvorstand der SPD Mecklenburg-Vorpommern und die SPD-Landtagsfraktion werden daher aufgefordert, bis zum Ende der Legislaturperiode vor allem hinsichtlich laufender Fristen die administrativen bzw. legislativen Voraussetzung dafür zu schaffen, nach der nächsten Landtagswahl einen Mitgliederentscheid über die Aufnahme

etwaiger Koalitionsverhandlungen nach erfolgten Sondierungsgesprächen durchführen zu können. Inhalt des Mitgliederentscheids soll dabei die Frage sein, mit welcher Partei bzw. mit welchen Parteien Koalitionsverhandlungen aufgenommen werden sollen, sollten mehrere Möglichkeiten zur Bildung einer Regierungskoalition bestehen.

B6 Ortsverein Kröpeliner-Tor-Vorstadt
(angenommen)

Sozialarbeit langfristig sichern

Die SPD setzt sich für die soziale Teilhabe aller Menschen ein. Als wichtiges Instrument um diesem Ziel gerecht zu werden, sehen wir die Schulsozialarbeit an, da diese besonders Kinder und Jugendliche unterstützt, die in einem schwierigen sozialen Umfeld aufwachsen und die in unserem Bildungssystem ohnehin stark benachteiligt sind.

Im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung bekennen sich die SPD und ihre Koalitionspartnerin zur Schulsozialarbeit und wollen die langfristige Finanzierung sicherstellen. Jetzt gilt es dieses Versprechen vor Ort in den Kommunen umzusetzen.

Deswegen werden die Rostocker SPD-Bürgerschaftsfraktion und die Rostocker Wahlkreisabgeordneten des Landtages aufgefordert, dafür einzutreten, dass die Schulsozialarbeit an allen Schulformen mindestens im bisherigen Maß fortgeführt, Mehrbedarfe ergebnisoffen geprüft und eine ausreichende Finanzierung im Haushalt der Hansestadt bzw. eine entsprechende Förderung im Landeshaushalt vorgehalten werden.

Aufgrund individuell sehr verschiedener Anforderungen an Qualität und Quantität von Schulsozialarbeit in Bezug auf verschiedene Schulstandorte und Schultypen setzt sich die SPD für die Entwicklung eines Bedarfskonzeptes zur Schulsozialarbeit ein, um die

unterschiedlichen Anforderungen zu ermitteln und vorhandene Kräfte kompetent einzusetzen.

B7 Ortsverein Kröpeliner-Tor-Vorstadt
(angenommen, überwiesen an den Landesparteitag)

Mehr Steuergerechtigkeit in Mecklenburg-Vorpommern

Die Rostocker SPD setzt sich für mehr Steuergerechtigkeit und den Kampf gegen Steuerkriminalität in Mecklenburg-Vorpommern ein.

Um diesem Ziel gerecht zu werden, wird die SPD-Landtagsfraktion und der Finanzminister aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der personelle Bedarf der Steuerfahndung in Mecklenburg-Vorpommern auf die Maximierung der eingetriebenen Steuern hin geprüft und die ermittelten Mehrbedarfe an Stellen bis zum Ende der Legislatur besetzt werden. Dabei sind die Finanzämter so auszustatten, dass durchschnittliche Betriebsprüfungsintervalle von drei bis fünf Jahren flächendeckend garantiert werden können.

B8 Ortsverein Kröpeliner-Tor-Vorstadt
(angenommen, überwiesen an den Landesparteitag)

Wahlrecht ab 16 auf den Weg bringen

Das Wahlrecht zum Landtag ab 16 Jahren ist erklärtes Ziel der SPD Mecklenburg-Vorpommern. Laut Koalitionsvertrag soll die Bevölkerung (ab 16 Jahren) im Rahmen einer Volksbefragung über die Herabsenkung des Wahlalters befinden.

Um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu erreichen und zusätzlich die Kosten für die öffentliche Hand für die Abstimmung zu verringern, wird die SPD-Landtagsfraktion aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Volksbefragung auf den Tag der nächsten landesweiten Kommunalwahlen (voraussichtlich Frühjahr/Sommer 2019) gelegt wird.

Darüber hinaus wird der SPD-Landesvorstand aufgefordert, in enger Abstimmung mit dem Juso-Landesvorstand eine eigene landesweite SPD-Kampagne für die Einführung des Wahlalters ab 16 Jahren zu planen und durchzuführen. Insbesondere sind dafür ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Um alle Jugendlichen frühzeitig in die Lage zu versetzen, eine fundierte Wahlentscheidung zu treffen, werden die SPD-Landtagsfraktion und die Bildungsministerin aufgefordert, sich für eine entsprechende Anpassung der Rahmenpläne einzusetzen. Dabei soll sichergestellt werden, dass an allen Schulen unabhängig von der Schulform bereits in Klasse 8 die Themen Wahlen, Wahlalter ab 16, das deutsche Parteiensystem und die verschiedenen Parteien im Vergleich, sowie Inhalte der Demokratieerziehung verpflichtend behandelt werden.

C1 Kreisvorstand
(angenommen)

Bündnis für gutes Wohnen in Rostock

Gute Wohnverhältnisse sind für uns Sozialdemokrat*innen einer der wichtigsten Schlüssel für die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung unserer Hansestadt Rostock. Wohnen ist dabei mehr als ein bloßes Menschenrecht. Die jeweiligen Lebens- und Wohnsituationen bilden die Grundlage für ein glückliches Zusammenleben der Rostocker*innen und deren Zusammenhalt in den Nachbarschaften und der gesamten Stadt. Unser Anspruch ist: Alle Menschen, die in Rostock leben oder herziehen wollen,

haben ein Recht auf gutes Wohnen – unabhängig von Herkunft, Vermögen, Familienstand oder Alter.

Gutes Wohnen zeichnet sich für uns durch folgende Merkmale aus:

- 1) Bezahlbare Mieten und vorhandenen Wohnraum.
- 2) Alters- und familiengerechte Wohnräume und -umfelder mit möglichst wenigen Barrieren und bedarfsgerechter Versorgung und Infrastruktur.
- 3) Gute Ordnung und Sauberkeit im Quartier.
- 4) Ein soziales und kulturelles Leben im Stadtteil, das den Zusammenhalt stärkt und eine Nachbarschaft lebenswert macht.

Diese vier Leitziele gilt es bei der weiteren Entwicklung des guten Wohnens in Rostock vordringlich in den Blick zu nehmen. Wirksam erreicht werden können sie nur, wenn die hierfür erforderlichen Schritte als gemeinschaftliche Aufgabe der Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften, der beteiligten Bau- und Planungsfirmen, weiterer Unternehmen, der Ebenen Stadt, Land, Bund sowie der Ortsbeiräte, der Bürgerschaft und der aktiven Vereine und Verbände begriffen und angegangen werden. Gelingen und nachhaltig akzeptiert werden die vereinbarten Maßnahmen dann, wenn seitens der Hansestadt Rostock frühzeitig eine echte Beteiligung der Bürger*innen und zudem eine leistungsfähige und effiziente Steuerung gewährleistet wird.

Nachbarschaftskampagne – Bürgerbefragung und Stadtteilkonferenzen

Ganz im Sinne des Quartiersansatzes sind wir Sozialdemokrat*innen überzeugt, dass die besten und passgenauesten Ideen und Lösungen immer gemeinsam und im dauerhaften Austausch mit den im Stadtteil aktiven Menschen und Institutionen entwickelt werden sollten. Ein direkter, ungefilterter Bezug auf den tatsächlichen Bedarf und die Wünsche

der Rostocker Bevölkerung ist unseres Erachtens unumgänglich für eine sinnvolle Gestaltung der Stadtpolitik.

Im Rahmen unserer Nachbarschaftskampagne „Gutes Wohnen in Rostock“ führte die SPD-Rostock in der Hansestadt ab 2015 daher eine Bürger- und Akteursbefragung in den Stadtregionen „Nordwest“ (Lichtenhagen, Lütten Klein, Evershagen, Groß Klein, Schmarl und Warnemünde), „Nordost“ (Toitenwinkel, Dierkow und Gehlsdorf) und „Mitte-Süd“ (Reutershagen, Gartenstadt, Hansaviertel, Brinckmansdorf, Südstadt und Biestow) durch. Mit der Beantwortung eines offenen Fragebogens und der Teilnahme an drei Bürgerkonferenzen nutzten rund 500 Personen die Gelegenheit, ihre persönliche Sicht auf Aspekte des guten Wohnens darzulegen.

Somit entstand mittels quantitativer und qualitativer Datenerhebung eine interessante Stichprobe, die uns einen vertiefenden Blick in die wohnpolitischen Anforderungen der Menschen in den Stadtteilen ermöglicht hat.

Größtenteils fokussierten sich die Antwortenden bei ihren persönlichen Anmerkungen auf Aspekte des Wohnumfeldes und der Mietpreise. Der Ruf nach der Förderung von mehr sozialem Wohnraum sowie barrierefreien Wohnungen war am häufigsten zu finden. Mehr Wohneinheiten für Senioren- und Studierenden-WGs wurden ebenso thematisiert, wie die Nachrüstung mit Fahrstühlen. Sehr deutlich schwangen Sorgen des Alleingelassen Werdens mit: So beispielsweise durch die Aussage: *„In Rostock wird viel gebaut! Nur keine Sozialwohnungen, z. B. Petritor. Ein Rostocker Normalbürger kann sich dort keine Wohnung leisten.“* (vgl. Fragebogen R09 aus dem „Nordosten“)

Auch der soziale Umgang zwischen den Mieter*innen wurde immer wieder thematisiert. Interessanterweise bemängelten nicht nur Ältere die zunehmende soziale Distanz in den Wohnblöcken und Probleme mit unangemessenem, rücksichtslosem Auftreten. Im Rahmen der Akteurskonferenzen zur Bürgerumfrage bekräftigten zahlreiche Teilnehmer*innen die Sehnsucht nach mehr sozialem Umgang innerhalb der Stadtteile.

Der Bedarf richtete sich dabei sowohl an soziale und kulturelle Angebote als auch an einen größeren Austausch innerhalb der Hausgemeinschaften. Ein solcher Gedanke des gemeinsamen Anpackens und Nicht Weg Sehens fand sich zudem in vielen persönlichen Kommentaren.

Ebenso bestand zunehmend der Wunsch nach einer frühzeitigen und durchgehenden Beteiligung der Bürger*innen bei der Planung und Umsetzung von Stadtteilentwicklung. Neben der Notwendigkeit von mehr bezahlbarem Wohnraum äußerten viele Befragte sehr konkrete Vorstellungen und Wünsche z. B. zu ihres Erachtens notwendiger Verkehrs- und Handelsinfrastruktur und abzubauenen Barrieren, zu Belangen der Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit in der Nachbarschaft und zu sozialen und kulturellen Angeboten. Sämtliche Ergebnisse der Nachbarschaftskampagne sind in aufbereiteter Form nachzulesen.

Sieben-Punkte-Programm für das gute Wohnen in Rostock

In Anbetracht unserer wohnpolitischen Leitziele, im Ergebnis der Bürgerbefragungen und Stadtteilkonferenzen sowie durch den langjährigen fachlichen Austausch ergeben sich für uns Rostocker Sozialdemokrat*innen sieben vordringliche Schlussfolgerungen und naheliegende Maßnahmen für die zukünftige Förderung des guten Wohnens in Rostock. Die SPD-Fraktion und alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die an verantwortlicher Stelle in den Ortsbeiräten und den Aufsichtsräten, den Ausschüssen oder in Verbänden mit dem Thema Wohnen zu haben, sollen diese sieben Punkte und die vier Leitlinien für das politische Handeln als Leitschnur nutzen. Wir wollen uns gemeinsam auf allen Ebenen für die Durchsetzung des Programms einsetzen:

1. Bündnis für das Wohnen in Rostock

Im Sinne der gemeinschaftlichen Aufgabe initiiert die Hansestadt Rostock ein verbindliches und leistungsstarkes Bündnis für das Wohnen. Beteiligt

werden daran neben der Stadt mindestens die WIRO, Wohngenossen- und -gesellschaften, der Mieterverein, Haus und Grund, die fachlichen Landesverbände, die Berufsverbände der planenden und bauenden Berufe und die lokalen Energiegesellschaften. Im Bündnis werden im Rahmen der Erstellung eines „kommunalen Wohnraumentwicklungskonzeptes“ konkrete Maßnahmen und Zielsetzungen für eine aktive und sozialverträgliche Weiterentwicklung des Rostocker Wohnungsmarktes vereinbart, zeitlich eingeordnet und umgesetzt. Neben einer belastbaren Zielzahl an Baugenehmigungen verabredet sich das Bündnis zu Fragen des Klimaschutzes und der Energieeffizienz, zu Art und Umfang öffentlich geförderten Wohnungsbaus, zur Unterstützung von Benachteiligten und zur Anwendung mietrechtlicher Regelungen.

2. Druck auf die Mieten senken, Wohnungsbau beschleunigen: Dauerhaft mindestens 1.000 neue Genehmigungen pro Jahr

Das mit Abstand wirksamste Mittel gegen steigende Mieten und einen umkämpften Wohnungsmarkt ist die Schaffung neuen Wohnraums. Kernziel des Bündnisses muss sein, dass in Rostock bis auf weiteres dauerhaft 1.000 neue Wohneinheiten pro Jahr genehmigt werden. Nur so ließe sich das ambitionierte und öffentlichkeitswirksam geäußerte Ziel erreichen, in den kommenden Jahren tausende neue Wohneinheiten nicht nur anzukündigen, sondern tatsächlich auch zu schaffen.

Um diese Zielzahl dauerhaft zu erreichen und die Zeitläufe zu verkürzen, müssen seitens der Stadt dringend die planungs- und baurechtlichen Kapazitäten hinsichtlich ihrer effizienten Arbeitsweise überprüft und ggf. angepasst werden. Selbst wenn in den vergangenen Jahren weitere Stellen bewilligt bzw. geschaffen wurden: Wohnen muss im Sinne einer umfassenden Entwicklung Rostocks absolute Priorität genießen. Dies gibt es

auch personell nicht zum Nulltarif und rechtfertigt befristet eine weitere deutliche Aufstockung von Mitarbeiter*innen im Planungs- und Gestaltungsbereich und deren senatsübergreifende verbesserte Abstimmung und Verzahnung.

3. Sozialen Wohnungsbau begünstigen – Verbilligungsrichtlinie erlassen

Bei der Bewirtschaftung und Entwicklung von verfügbaren Flächen und Grundstücken müssen weiterhin alle Möglichkeiten geprüft und ausgeschöpft werden. Dabei ist verstärkt darauf zu achten, dass die Rostocker Stadtteile hinsichtlich ihrer sozialen Struktur nicht „auseinanderdriften“. In enger Anlehnung an die „Verbilligungsrichtlinie zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus beim Verkauf städtischer Grundstücke“ der Hansestadt Lübeck soll auch in Rostock eine Richtlinie für mehr geförderten Wohnraum erlassen werden.

In Zukunft sollte – im Rahmen einer guten Mischung zwischen Förderung und freier Finanzierung – der geförderte Wohnungsbau bei Neubauten und Modernisierungen rund ein Drittel ausmachen. Diese Zielmarke sollte bei der Bebauung und Vermarktung solcher städtischen Grundstücke eingehalten werden, die für Geschosswohnungsbau geeignet sind. Darüber hinaus bedarf es der Möglichkeit der Konzeptvergabe bei städtischen Grundstücken auch für andere – nicht geförderte – Bauvorhaben, die dem guten Wohnen verpflichtet sind.

Eine besondere Verantwortung für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum hat das kommunale Wohnungsunternehmen WIRO. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die WIRO künftig mehr sozialen Wohnraum schafft. Die Fördermittel des Landes (650-850€ je m²) werden in maximal möglicher

Höhe abgerufen und die WIRO wird möglichst viele neue Wohnungen mit Mietpreisbindung schaffen.

4. Frühzeitige Beteiligung auf Augenhöhe

Eine moderne, langfristig erfolgreiche Entwicklung der Rostocker Stadtteile fußt auf einer frühzeitigen, breiten Einbeziehung der Stadtgesellschaft. Neben den bereits vorgesehenen – oftmals leider wenig genutzten – Beteiligungsformaten sind weiterhin moderierte Beteiligungswerkstätten, Einwohnerforen und innovative Instrumente wie z. B. weithin sichtbare Simulationen, interaktive Abstimmungsmöglichkeiten, u.v.m. auszuprobieren und bei Erfolg wiederholt einzusetzen. Bewährte Instrumente und Prozedere sind – idealerweise unter Einbeziehung der zu Beteiligten – in einem "Leitfaden Bürgerbeteiligung" zusammenzufassen, der als Selbstverpflichtung der Stadt zu verstehen ist und regelmäßig fortgeschrieben wird.

Die direkte „Bürgerbeteiligung“ soll dabei mitnichten die institutionelle Einbeziehung bspw. der Ortsbeiräte oder des Gestaltungsbeirates ersetzen, sondern deren Handeln ergänzen. Klar muss sein, dass eine wirksame Beteiligung der Möglichkeit der Ergebnis-Beeinflussung bedarf. Das bedeutet: Entsprechende Formate müssen sehr frühzeitig und langfristig vor den endgültigen Festlegungen angeboten und breit kommuniziert werden und es muss seitens der Entscheidungsebene die grundsätzliche Bereitschaft bestehen, die Meinungen, Ideen und Wünsche der „Laienebene“ auch anzuerkennen und zu berücksichtigen.

5. Mietanstieg begrenzen – Kappungsgrenze und Mietpreisbremse einführen

Neben kommunalen Möglichkeiten der Dämpfung des Mietanstieges, müssen auch landesseitig alle Möglichkeiten genutzt werden. Hierzu ist das zuständige Landesministerium aufgefordert, per Rechtsverordnung gem. § 588 Abs. 3 Satz 3 BGB für Rostocker Stadtteile mit einer schwierigen Wohnraumversorgung die Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen von 20 Prozent auf 15 Prozent abzusenken.

Darüber hinaus soll das zuständige Ministerium per Rechtsverordnung solche Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt bestimmen, in denen die Mietpreisbegrenzung des „Gesetzes zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten und zur Stärkung des Bestellerprinzips bei der Wohnungsvermittlung (Mietrechts-novellierungsgesetz – MietNovG)“ greift.

6. Bezahlbarkeit der Nebenkosten

Ganz maßgeblich werden die Kosten des Wohnens in Rostock durch die Nebenkosten bestimmt. Hier muss die Stadt Rostock alles in ihrem Einfluss stehende tun, um die Belastungen der Mieter*innen mit den Kosten der Ver- und Entsorgung auf einem angemessenen Niveau zu halten. Beispielsweise ist im Rahmen der Rekommunalisierung eine Senkung der Wasserpreise zu realisieren.

Der kommunale Energieversorger ist zudem aufgerufen, mit mehr Aufwand die Entwicklung innovativer, nachhaltiger und bezahlbarer Energieversorgungsangebote zu betreiben und neue Geschäftsmodelle (Quartierslösungen, Mieterstrommodelle, u. s. w.) zu erschließen. Hierbei

müssen erneuerbare Energien, der Umbau der Verteil-netze, mehr Flexibilität sowie eine verbesserte Kundenbindung im Mittelpunkt stehen.

7. Ganzheitliche Infrastruktur, Wohnformen und Vermeidung von Barrieren

Bei der Planung von Wohnraum- und Quartiersentwicklung muss stets auf eine bedarfsgerechte Infrastruktur und die möglichst umfassende Reduzierung bzw. vollständige Vermeidung von Barrieren geachtet werden. Neben einer guten Verkehrsanbindung auch mit ÖPNV geht es bei der Erstellung generationenpolitischer Gesamtkonzepte um die umfassende Berücksichtigung von Kapazitäten der Kitas und Schulen, Angebote der medizinischen und pflegerischen Versorgung, Dienstleistungen und Einzelhandel sowie um soziale und kulturelle Einrichtungen, wie z. B. öffentliche Treffpunkte, Nachbarschaftshilfen, u.v.m.

Ebenfalls ist auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Bebauung und Freiflächen, Versiegelung und Natur zu achten. Je frühzeitiger diskutiert und veranschaulicht wird, wie sich die Bedürfnisse von Bauen und Wohnen mit Natur und Erholung in Einklang bringen lassen, desto schneller und reibungsloser werden Planungs- und Umsetzungsprozesse stattfinden können.

Bei der Vermeidung bzw. Reduzierung von Barrieren müssen sowohl beim Neubau und im Wohnbestand, aber auch im Wohnumfeld alle zur Verfügung stehenden Förderinstrumente (Landesprogramm Wohnraumanpassung, Förderung Lifte, etc.) genutzt werden. Dabei ist zu bedenken, dass Barrierefreiheit nicht nur Menschen mit Behinderung und (pflegebedürftigen) Älteren, sondern auch Familien und Kindern dient. Bereits bei der Ausschreibung von Bebauungsvorhaben muss zudem darauf geachtet werden, dass unterschiedliche und alternative Wohnformen (bspw.

WGs, Generationenwohnen, Service-Wohnen) Berücksichtigung finden und zum Zuge kommen können. Die Ansiedlung einer neutralen Wohnberatung bei den Rostocker Pflegestützpunkten soll der Möglichkeit eines längeren Verbleibs in den eigenen vier Wänden dienen.

Zu einer ganzheitlichen Infrastruktur gehört auch die Gewährleistung von Sauberkeit und Sicherheit. Hier gilt es die Anstrengungen der letzten Jahre (mehr Handreinigung, Hundekotsauger, Klarschiff HRO, Radwegewart, Hafenvogt, etc.) fortzusetzen. Zu prüfen ist, inwieweit die Zahl öffentlicher, funktionsfähiger und sauberer Toiletten angepasst werden muss. Das Portal "Klarschiff HRO" hat die gemeinsame Verbesserung der Sauberkeit in den Stadtteilen drastisch erleichtert. Es muss weiterhin bekannter gemacht und noch mehr genutzt werden.

Auch diese Belange sollten von Anfang an fester Bestandteil der Planung und Festlegungen des „Bündnisses für das Wohnen“ sein.

C2 Jusos Rostock
(überwiesen an die Rostocker SPD-Bürgerschaftsfraktion)

Verbesserung der Wohnungsverteilungssituation für Geflüchtete

Die Wohnungsverteilung für Geflüchtete muss sich grundlegend ändern. Wartezeiten auf eine Wohnung von zwei Jahren sowie die gesonderte und schlechtere Behandlung von Geflüchteten bei der Wohnungsvergabe sind nicht hinnehmbar. Geflüchtete sind wie alle anderen Menschen als Bewerber*innen auf Wohnungen zu akzeptieren und so zu behandeln. Die SPD Rostock setzt sich aktiv für eine diskriminierungsfreie Wohnungsvergabe ein.

Weitere Maßnahmen für die schnellere und gleichbehandelnde Abwicklung der Wohnungssuche sind:

- Prüfung inwieweit die Einstellung von zusätzlichem Personal in der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, zuständig für die Vergabe von Wohnungen an Geflüchtete, notwendig ist,
- Angebot von Schulungen für Mitarbeiter*innen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft im Umgang mit Geflüchteten.

C4 Ortsverein Stadtmitte/ Brinckmansdorf
(angenommen)

Stadthafen sensibel entwickeln

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, innerhalb des Planungs- und Entscheidungsprozesses zur Entwicklung des Stadthafens auch weiterhin die vielfältigen berechtigten Interessen der einheimischen Alltagsnutzer des Areals mit Vehemenz zu vertreten.

Eine städtebauliche Entwicklung des Gebietes, die eine fast ausschließlich an auswärtigen Gästen, Touristen und Konsumenten orientierte, rein kommerzialisierte Nutzung der Flächen zur Folge hat, lehnt die Rostocker SPD ab.

Vielmehr ist in der Entwicklung darauf abzustellen, auch weiterhin einen kostenfreien Zugang und damit ein unbeschränktes Erleben der gesamten innerstädtischen Wasserkanten zu gewährleisten. Dabei sind explizit Nutzungsflächen vorzusehen, die die derzeit v.a. unter Einheimischen etablierten Freizeitnutzungen des Stadthafens

(Grillen, Chillen, Kubb, Joggen, Skaten usw.) auch weiterhin in attraktiver Form ermöglichen.

C5 Ortsverein Südstand-Biestow
(angenommen)

Gutes Wohnen 2017

Die SPD Rostock definiert in ihrer Summe der Ortsvereine und des Kreisverbandes das Thema „Gutes Wohnen“ als Kernthema der politischen Arbeit für 2017.

Als besonderer Schwerpunkt gilt dabei das städtische Projekt „Groß-Biestow“.

Die SPD Rostock bekennt sich zu einer nachhaltigen Entwicklung der Hansestadt Rostock unter Einbindung der Einwohnerinnen und Einwohner und wird diese aktiv moderieren.

C6 Ortsverein Südstand-Biestow
(überwiesen an Kreisvorstand Rostock)

Für eine aktive Homepage

Der Kreisparteitag der SPD Rostock beauftragt den Kreisvorstand mit einer effizienteren Pflege der Homepage der SPD Rostock. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei künftig auf der Implementierung aller Ortsvereine.

C7 Ortsverein West
(angenommen)

Bürgerschaftsbeschluss zur Wohnraumberatung zügig umsetzen

Der SPD-Kreisvorstand und die SPD-Abgeordneten in der Rostocker Bürgerschaft werden aufgefordert, die Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zur „Wohnraumberatung“ aktiv zu begleiten, auf eine zügige Umsetzung des Beschlusses hinzuwirken und in den bestehenden Strukturen in der Umsetzung zusammenzuarbeiten.

C9 Ortsverein Kröpeliner-Tor-Vorstadt
(angenommen)

Zukunft der Bürgerbeteiligung in Rostock

Der Kreisvorstand der SPD Rostock wird beauftragt in enger Abstimmung mit der SPD-Bürgerschaftsfraktion auf die Erarbeitung des Konzepts der zukünftigen Bürgerbeteiligung der Hansestadt Rostock derart Einfluss zu nehmen, dass insbesondere folgende Themen und Schwerpunkte in dem Konzept enthalten sind:

- Möglichkeiten der Mitwirkung an der Stadtteilentwicklung
- Erweiterung der Aufgaben und Befugnisse der Stadtteilmanager und Ortsbeiräte
- Die Einführung eines Bürgerhaushaltes und von Stadtteilbudgets u. a. Auch zur Rückgewinnung der vollen Finanzhoheit in den 2020er Jahren
- Schaffung von ausreichend personellen und finanziellen Ressourcen zur Umsetzung des Konzeptes
- Förderung einer stärkeren Beteiligungskultur in Politik und Verwaltung

- Entwicklung von Weiterbildungs- und Schulungskonzepten für ehrenamtliche Politiker und Mitarbeiter der Verwaltung zu den gesellschaftlichen Aspekten und den verschiedenen Formen von Bürgerbeteiligung

S1 Ortsverein West
(angenommen)

Durchführung von Mitgliedervollversammlungen

1. In §4 der Satzung, der die Zusammensetzung des Kreisparteitages regelt, wird folgender Punkt (5) angefügt:

(5) Auf mehrheitlichen Beschluss des Kreisvorstandes kann der Kreisparteitag – abweichend von Absatz 2 und 3 – auch als Mitgliedervollversammlung durchgeführt werden. Rede- und stimmberechtigt ist dann jedes Mitglied des Kreisverbandes.

2. In §5 der Satzung wird Absatz (1) Satz 2 wie folgt neu gefasst:

„Sie werden spätestens drei Wochen vor dem Parteitag im Fall von §4 Absatz 2 und 3 den Delegierten und Berater/innen oder im Fall von §4 Absatz 5 den stimmberechtigten Mitgliedern zugeleitet.“

3. In §5 der Satzung wird in Absatz (2) Satz 1 ersetzt:

„stimmberechtigte Delegierten“

durch

„Stimmberechtigten“

4. In §5 der Satzung wird Absatz (7) wie folgt neu gefasst:

„Der Kreisparteitag überprüft die Legitimation der Stimmberechtigten und beschließt die Tages- und Geschäftsordnung. Wenn er als Delegiertenversammlung nach §4 Absatz 2 stattfindet, ist er beschlussfähig, wenn fristgemäß eingeladen wurde und mehr als die Hälfte der Delegierten anwesend ist. Wenn er als Mitgliedervollversammlung nach §4 Absatz 5 stattfindet, ist er beschlussfähig, wenn fristgemäß eingeladen wurde, mehr als 15% der Mitglieder des Kreisverbandes anwesend sind und die anwesenden Stimmberechtigten aus der Mehrheit der Ortsvereine stammen. Der Parteitag gilt als beschlussfähig, solange auf Antrag einer/s Stimmberechtigten die Beschlussunfähigkeit durch das Präsidium nicht festgestellt wurde.“

S2 Ortsverein West und Kreisvorstand
(angenommen)

Abschaffung des „automatischen Stimmrechts“ des Kreisvorstandes auf Kreisparteitagen

In §4 (2) der Satzung, der die Zusammensetzung des Kreisparteitages regelt, werden folgende Veränderungen vorgenommen:

a) In Unterpunkt a) wird die Passage

„Geheim und quotiert gewählten Delegierten der Ortsvereine. Deren Zahl soll mindestens 50 betragen, eine höhere Zahl kann vom Kreisvorstand beschlossen werden.“

ersetzt durch

„70 geheim und quotiert gewählten Delegierten der Ortsvereine.“

b) Der Unterpunkt c) „Den Mitgliedern des Kreisvorstandes“

wird gestrichen.

l1 Ortsverein Nord
(angenommen)

Vollständige Rekommunalisierung: Rostocker Wasser bleibt in Bürgerhand!

Die SPD Rostock steht weiterhin vollumfänglich hinter der durch die Rostocker Bürgerschaft beschlossenen Rekommunalisierung der Wasserversorgung. Wasser als wichtiges Lebensmittel muss in Bürgerhand bleiben und zudem bezahlbar sein. In diesem Sinne verfolgt die SPD nach wie vor das Ziel, die Wasserversorgung zukünftig vollständig kommunal und ohne Beteiligung privater Firmen zu gewährleisten und die Endverbraucher zu entlasten.

Der begonnene Weg der Rekommunalisierung darf nun nicht durch wettbewerbsrechtlich umstrittene oder hinsichtlich der langfristigen betriebswirtschaftlichen Belastbarkeit fragwürdiger Konstellation oder Modelle gefährdet oder gar verlassen werden. Die Rostocker Bürger können darauf vertrauen, dass die SPD Rostock zu ihrem Wort steht.

Verhandlungen mit privaten Dritten über eine Abkehr vom Modell der vollständigen Rekommunalisierung lehnen wir dementsprechend ab. Wasser ist für uns Teil der kommunalen Daseinsvorsorge und gehört in öffentliche Hand und darf nicht Gegenstand von Spekulationen sein. Das in Rede stehende Millionenangebot mag zunächst verführerisch klingen, kann der Stadt und ihren Bürgern aber langfristig teuer zu stehen kommen. Jeder Private wird mit der Zeit wieder Geld mit dem Wasser verdienen und der Stadt und den Bürgern nicht einfach Millionen schenken wollen. Deshalb lehnen wir jegliches Aufweichen der 100%igen Rekommunalisierung ab.

12 Ortsverein Nord
(angenommen)

Wo man singt, da lass Dich nieder: Mehr Straßenmusik in Rostock

Rostock ist eine kulturell bunte Stadt – das wollen wir auch bleiben. Der Politik steht es nicht zu, zu bewerten, welche Musik künstlerisch gut ist, welche nicht, welche Musik gut für die Hansestadt ist, welche nicht.

Die SPD möchte ein möglichst buntes und vielfältiges Angebot an Straßenmusik erhalten bzw. zumindest die Möglichkeit dazu aufrechterhalten.

Deshalb fordert die SPD Rostock die Punkte 1 (Gruppengröße auf 4 Personen zu begrenzen) und 2 (zeitliche und örtliche Beschränkung der Auftrittsmöglichkeiten) aufzuheben. Es ist unserer Ansicht nach mitnichten eine massive Störung durch die Musik eingetreten.

Auch Punkt 3 der Allgemeinverfügung (Ausschluss einige Instrumente) ist kritisch zu sehen. Klaviere, Blasblechinstrumente und Saxofone machen viele Darbietungen erst melodisch ansprechend und sind bei vielen Menschen beliebte Instrumente.

Um im Übrigen, was wäre die Kröpeliner Str. z. B. ohne den allseits bekannten und beliebte „Spielmann-Opi“ – auch dem würde die kürzlich beschlossene Regelung womöglich die Darbietung seiner Kunst untersagen.

III. Weitere Anträge

Für erledigt erklärt wurden die Anträge

B3, C8, S3

Abgelehnt wurden die Anträge

A6, C3

